

# LINKS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz  
186 · Ausgabe CH · Januar 2020  
AZB 3001 Bern



# Schluss mit Hass und Diskriminierung!

Seiten 4 – 5

## **EINJA FÜR MEHR BEZAHLBARE WOHNUNGEN**

Für alle statt für wenige: In Ballungszentren sollen auch Menschen ohne Spitzensalär eine Wohnung finden. Darum will die Initiative die Wohnbaugenossenschaften stärken. Seiten 6 und 7

## **JUBILÄUMSFILM ZUR FICHENAFFÄRE**

Vor 30 Jahren erschütterte der Fichenskandal die Schweiz. Nun kommt «Moskau Einfach!» mit Mike Müller ins Kino – heute eröffnet der Film die Solothurner Filmtage. Seite 17

Liebe Genossinnen und Genossen



Als ich meine Fiche erhielt, hatte ich einen pubertären Schreianfall. Das Gesuch um Akteneinsicht hatte ich aus Jux eingereicht. Ich war knapp 20 Jahre alt und besuchte noch die Kantonsschule. Die Fiche hatte ich mir «verdient», indem ich Jahre zuvor tatkräftig mitgeholfen hatte, die Studenten-UNO zu organisieren (Schüler und Studentinnen spielten dabei einen Tag lang nach der Regeln der Vereinten Nationen Politik). Auch wenn die Namen der Informanten eingeschwärzt waren, war mir klar: Lehrkräfte und Nachbarn hatten weitgehend falsche

Auskünfte erteilt. Für mich waren die Folgen überschaubar, und die Fiche hing noch etliche Jahre gerahmt im WC.

Was der Staatsschutz heute über mich weiss? Keine Ahnung. Mit dem neuen Nachrichtendienstgesetz erhielt der Staat jedenfalls ganz neue Möglichkeiten. Ich versuche, online möglichst wenig Spuren zu hinterlassen. Wer jedoch je bei Datenkraken wie Facebook oder Google seine gespeicherten Daten anfordert, sieht sich rasch mit der unangenehmen Realität konfrontiert: Diese Gigabytes, kombiniert mit meiner Kreditkartenabrechnung und meinem Patientendossier, liefern ein genaues Abbild meines Lebens. Der Schutz der Privatsphäre ist heute wohl eine Illusion.

Das macht die Verkettung verschiedener Datenbanken im Schengenraum, wie sie die EU plant, umso gefährlicher. Menschen aus Drittstaaten gelten nach den geplanten EU-Gesetzen a priori als Sicherheitsrisiko; alle ihre Daten werden gespeichert. Diese riesigen Sammlungen mit hochsensiblen Daten sollen nun untereinander verknüpft werden. Derzeit läuft in der Schweiz das Vernehmlassungsverfahren zur so genannten «Interoperabilität». Laut Entwurf von Bundesrätin Karin Keller-Sutter soll die Schweiz ihren Spielraum überhaupt nicht nutzen, um den ausgebauten EU-Grundrechtsschutz zu übernehmen. Am Horizont zeichnet sich ein geradezu repressiver Überwachungsstaat ab.

Dagegen müssen wir uns wehren. Mindestens ebenso heftig wie seinerzeit bei der Fichenaffäre.

*Solidarische Grüsse,  
Pia Wildberger*

PS: Die Komödie «Moskau einfach» zum 30-Jahr-Jubiläum der Fichenaffäre ist leichte Kost – und gerade darum sehenswert. Mehr dazu auf Seite 17.

## INHALT

- 4–5 **Ja – weil Gewalt mit Hass beginnt**  
Öffentliche Hetze und Hass gegen schwule, lesbische und bisexuelle Menschen haben in unserer Gesellschaft keinen Platz.
- 6–7 **Ja – zu mehr bezahlbaren Wohnungen!**  
Wohnen soll für alle möglich sein – auch in den Ballungszentren.
- 8 **Stoppen wir den Etikettenschwindel**  
Klimafreundliche Finanzanlagen boomen. Doch ist auch «grün» drin, wenn die Banken «grün» versprechen?
- 9–12 **Ausgewählte Seiten aus den kantonalen Splittings**
- 13 **Nein zu Luxus-Kampffjets**  
Für mehr Sicherheit und tiefere Kosten: Die SP unterstützt das Referendum gegen die Beschaffung von Luxus-Kampffjets.
- 15 **Briefe aus der Fraktion**  
Wie haben die «Neuen» Mustafa Atici und Sandra Locher-Benguerel ihre erste Session erlebt?
- 17 **Der Fichenskandal wird zum Märchen**  
Mike Müller brilliert als Staatsschützer im Film «Moskau Einfach!»
- 18 **«Weiterbildung sollte selbstverständlich werden»**  
Michael Herzka, der Leiter von «Movendo», setzt sich für mehr Bildung für alle ein.
- 19 **Agenda**  
Die wichtigsten Termine



## Das Referendum zum Reichenbonus ist eingereicht

Es geht Schlag auf Schlag: Vergangene Woche reichten wir bei der Bundeskanzlei 53 000 Unterschriften gegen den ungerechten Steuerbonus für reiche Eltern ein. Nur einen Tag später legte der Bundesrat die Abstimmungsunterlagen für den Frühling fest: Neben der Kündigungsinitiative kommen am 17. Mai das Jagdgesetz und die Reichenbonus-Vorlage vors Volk.

Bereits in der Sammelphase zeigte sich, dass das Anliegen «Kein Steuerbonus für reiche Eltern» auf Zustimmung stösst. Die wenig-

sten verweigerten die Unterschrift, wenn man den Passantinnen und Passanten die Sachlage erklärte. Allerdings benötigt die Vorlage einiges an Erklärung.

Wer will schon Eltern mit einem Jahreseinkommen von 200 000 Franken «sponsern»? Das Steuerloch von 370 Mio. Franken, die der Reichenbonus jährlich ins Budget reissen würde, müsste der Mittelstand stopfen. «Unter dem Deckmäntelchen der Familienpolitik werden hier die wohlhabendsten Haushalte subventioniert», sagte Prisca Birrer-Heimo

bei der Einreichung. Dabei bezahlt fast die Hälfte der Familien keine Bundessteuern, weil sie schlicht und einfach zu wenig verdient. «Ihnen bringt ein Abzug rein gar nichts. Aber wenn Geld in der Bundeskasse fehlt, zum Beispiel für die Verbilligung von Krankenkassenprämien oder Kita-Tarifen, dann werden sie das sofort spüren.»

Trotz der einleuchtenden Argumente: Der Abstimmungskampf wird hart. Wir zählen auf dich!

## Einreichung II, III, IV

Heute Donnerstag reichen wir bei der Bundeskanzlei die Prämien-Entlastungs-Initiative ein. In weniger als einem Jahr ist es uns gelungen, 118 000 Unterschriften zu sammeln. Ganz herzlichen Dank! Ohne den engagierten Einsatz unserer Mitglieder und Sympathisantinnen wäre dieser Erfolg nicht möglich gewesen.

Wir fordern, dass kein Haushalt mehr als zehn Prozent seines verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Derzeit sind es durchschnittlich 14 Prozent. Die Krankenkassenprämien werden besonders für Familien und ältere, alleinstehende Menschen immer mehr zur untragbaren

finanziellen Belastung. Hinzu kommt noch die unsägliche Sparpolitik etlicher Kantone, die auf dem Buckel der Schwächsten bei den Prämienverbilligungen sparen. Hier wollen wir einhaken. Danke für deine weitere Unterstützung.

Ebenfalls Ende 2019 oder Anfang 2020 wurden weitere Referenden und Initiativen eingereicht, die von der SP Schweiz unterstützt werden: Allen voran wurde die Gletscher-Initiative übergeben. Im Januar folgten die Referenden zum missratenen Jagdgesetz und der elektronische ID.





# JA – weil Gewalt mit Ha

**ÖFFENTLICHE HETZE UND HASS GEGEN SCHWULE, LESBISCHE UND BISEXUELLE MENSCHEN DARF IN UNSERER GESELLSCHAFT KEINEN PLATZ HABEN. ENTSPRECHENDE AUSSAGEN SOLLEN NEU UNTER DIE ANTI-RASSISMUSSTRAF-NORM FALLEN. DARUM STIMMEN WIR AM 9. FEBRUAR JA.**

«Zwei Schwule, zwei Lesben und zwei Heteros gingen ...» – nach dem 9. Februar darf ein Witz weiterhin so beginnen. (Ob die Pointe dann lustig ist, sei dahingestellt.) Die Täter, die am 1. Januar in der Stadt Zürich zwei Schwule spitalreif prügelten, werden rechtlich belangt, sofern sie ausfindig gemacht werden können. Dafür bestehen heute schon die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen. Die Tatsache, dass die Opfer schwul sind, spielt rechtlich keine Rolle. Es ist schlicht verboten, jemanden spitalreif zu schlagen.

Trotzdem: Sie wurden angegriffen, weil sie schwul sind. Queere Menschen werden bedroht, bespuckt und beschimpft. Nach einer Umfrage erlebte jeder vierte Schwule in den letzten zwölf Monaten eine solche Situation. Die Gesetzgebung greift jedoch erst dann, wenn es eigentlich zu spät ist: bei einem tätlichen Angriff.

Es ist heute nicht strafbar, queere Menschen als «Missgeburten» zu

bezeichnen oder zu fordern, dass Schwule kastriert werden sollen, weil sie alle pervers seien. Ein PNOS-Funktionär verlangte sogar eine Sondersteuer für nicht heterosexuelle Menschen – auch darüber wurde in den letzten Monaten öffentlich geschrieben. Das Internet, die sozialen Medien und die Kommentarspalten gewisser Zeitungen sind Tumelfelder für homophobe Hetzer.

### Hass ist keine Meinung

Heute verhindert die Anti-Rassismustrafnorm, dass Menschen wegen ihrer Rasse, Religion oder ihrer Ethnie Hass und Hetze ausgesetzt werden dürfen. Nun soll dieser Schutz auch queeren Menschen zugutekommen. Die Erweiterung der Strafnorm um das Merkmal der «sexuellen Orientierung» fand im Parlament eine Mehrheit. Dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird sie, weil die EDU und die Junge SVP dagegen das Referendum ergriffen. Sie sehen die Meinungsfreiheit in Gefahr.



Angelo Barrile, Nationalrat ZH, Co-Präsident der Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität der SP Schweiz, Vorstandsmitglied von Pink Cross

Doch Hass ist keine Meinung. Wer hetzt, will nicht argumentieren, sondern diffamieren und negative Emotionen schüren. Hassreden sind der Nährboden für Gewalt. Verbale Gewalt setzt den Menschen herab, verletzt seine Würde. Und verbale Gewalt ebnet oft den Weg für tätliche Angriffe. Die erweiterte Anti-Rassismustrafnorm stellt klar: Wir als Gesellschaft tolerieren es nicht, dass Menschen infolge ihrer sexuellen Orientierung verbaler Gewalt ausgesetzt oder diskriminiert werden.

### Signalwirkung – leider nicht für Transmenschen

So wird Schwulen, Lesben und Bisexuellen der gleiche Schutz gewährt wie Jüdinnen und Juden oder

**Es ist heute nicht strafbar zu fordern, dass Schwule kastriert werden sollen.**



Rebekka Wyler, Co-Generalsekretärin der SP Schweiz und Gemeinderätin in Erstfeld (UR)

## Vom Schnitzel

Der österreichische Journalist und Schriftsteller Robert Misik war letztes Jahr an der Sommeruni der SP Schweiz zu Gast. Er publiziert regelmässig online (misik.at) und auf Papier. Pointiert analysiert er die Situation der Linken ebenso wie die Gefahren des Populismus: Wen vertritt eigentlich die Linke? Wie gewinnt die Sozialdemokratie die sogenannten «einfachen Leute» zurück? Wer ist das überhaupt?

Bereits die Titel seiner Texte lohnen das Nachdenken. Unter der Überschrift «Das Proletariat hat nichts zu verlieren ausser sein Schnitzel» – wer mag, erinnert sich ans Kommunistische Manifest: «Die Proletarier dieser Welt haben nichts zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen» – analysiert Misik die Rolle des Fleisches als «Luxus der einfachen Leute». Auch in der Schweiz haben wir bereits gehört, dass «elitäre Weltverbesserer» dem Proletariat nun auch noch das Schnitzel klauen wollten, oder ihm zumindest ein schlechtes Gewissen machen. Schliesslich war in früherer Zeit das monatliche, wöchentliche, später tägliche Fleisch auf dem Teller ein Zeichen dafür, dass viele etwas abbekamen vom zunehmenden Reichtum. Perfekt eignet es sich zum Symbol insbesondere in Österreich, wo man sich sein Schnitzel nicht nehmen lässt. Umso schwieriger ist es, einem solchen Diskurs entgegenzutreten.

Doch Misik bringt das Problem auf den Punkt: «Klassenfragen werden als Lebensstilfragen verhandelt, statt als Kämpfe um Mindestlöhne und Sozialleistungen. Dieselben, die den einfachen Leuten die Notstandshilfe nehmen wollen, verteidigen jetzt deren Recht auf Schnitzel.» Gnadenlos zeigt er die rechte Doppelbödigkeit auf. Denn das Schnitzel kann auch dann (wieder) zum Luxus werden, wenn die Miete die Hälfte des Monatseinkommens auffrisst. Doch zu den hohen Mieten äussern sich die rechten Parteien lieber nicht, denn ihre Verbindungen zu den Immobilienbesitzern sind intakt. Zumindest in Österreich soll es sich so verhalten.

Zum Schluss führt Misik aus, wie absurd es eigentlich ist, vom «kleinen Mann» zu reden. Einmal abgesehen von den Frauen und allen anderen – die Leute sind nie alle gleich. Eines aber hält sie zusammen: «Wenn die Leute irgendwas verbindet, dann, dass sie eines nicht ausstehen können, wenn man sie von oben herab behandelt. (...) Und jene, die uns dauernd erklären wollen, wie das Volk eigentlich ist, die sind nicht selten seine grössten Verächter.»

Pflichtlektüre für Sozis von heute.



# Hass beginnt

Menschen dunkler Hautfarbe. Dieser Diskriminierungsschutz ist ein längst fälliger Schritt und ein wichtiges Signal: Menschen werden in der Schweiz wegen ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert und ausgegrenzt. Und wir sind nicht bereit, das weiterhin zu akzeptieren.

Ende gut, alles gut? Leider nein. Lange wurde beabsichtigt, die Strafnorm nicht nur um die «sexuelle Orientierung», sondern auch um die Geschlechtsidentität zu erweitern. Bedauerlicherweise wurde im letzten Moment auf Druck des Ständerates darauf verzichtet. Doch gerade Transmenschen sind am meis-

ten von Übergriffen betroffen und bedürften des Schutzes vor Hass dringlichst. Hier müssen wir dran bleiben.

Mit einem JA zur Erweiterung der Anti-Rassismusstrafnorm am 9. Februar setzen wir ein klares Zeichen, dass Hass und Hetze gegen sexuelle Minderheiten in unserem Land keinen Platz haben. «Zwei Schwule, zwei Lesben und zwei Heteros gingen nach einem fröhlichen Abend unbehelligt ihres Weges ...» – auf dass dies und nichts anderes der absolute Normalfall ist!

## DARUM GEHT ES

Künftig sollen Hass und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung unter die Anti-Rassismusstrafnorm fallen. Dazu zählen Hetze und Hassrede im öffentlichen Raum. Nicht betroffen ist der Stammtisch. Auch sind kritische Bemerkungen sowie die öffentliche Diskussion gewisser Bibelstellen weiterhin erlaubt. Nicht mehr erlaubt werden jedoch beispielsweise die Ablehnung von Schwulen und Lesben an den Türen zu einem Nachtclub aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Eine Verurteilung führt zu einer Geldstrafe oder in sehr schwerwiegenden Fällen zu einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren.

# Ja zu mehr bezahlbaren Wohnungen!



**EINE BEZAHLBARE WOHNUNG IN DER STADT KOMMT EINEM SECHSER IM LOTTO GLEICH. SOLL NUR IM BALLUNGSZENTRUM WOHNEN DÜRFEN, WER ÜBER UNBESCHRÄNKTE MITTEL VERFÜGT? GANZ KLAR NEIN. DARUM BRAUCHT ES AN DER URNE EIN JA ZU MEHR BEZAHLBAREN WOHNUNGEN.**

Was schätzt du, wie viel sind alle unsere Immobilien in der Schweiz zusammen wert? Lies nicht weiter – denk zuerst darüber nach und schätze dann aus dem Bauch heraus eine Zahl in Schweizer Franken. Keine Bange, falls du es nicht weisst. Unsere Volkswirtschaftsminister Schneider-Ammann und Guy Parmelin wussten es auch nicht. Nicht einmal annähernd. Dies obwohl wir bei Immobilien über den grössten volkswirtschaftlichen Sektor überhaupt sprechen.

Der Wert aller Liegenschaften in der Schweiz zusammen beträgt über vier Billionen Franken (4000 000 000 000.–). Das sind 4000 Milliarden Franken. Machen wir damit ein Gedankenexperiment: Würden Bund, Kantone und Gemeinden alle Liegenschaften auf einmal aufkaufen und diese Immo-



Jacqueline Badran,  
Nationalrätin ZH

bilien dann für eine Nutzungsgebühr von zwei Prozent an Wirtschaft und Gewerbe zum Geschäften und an Privatpersonen zum Wohnen abgeben, würden die Gemeinwesen Jahr für Jahr 80 Milliarden Franken einnehmen. Damit könnte man alle Bundessteuern abschaffen: die Einkommenssteuer, die Mehrwertsteuer, die Gewinnsteuer, die Vermögenssteuer, die Heizölsteuer, die Tabaksteuer usw. Dieses Geld bekommen aber heute die renditeorientierten Immobilieneigentümer (und noch deutlich mehr, weil die Renditen höher als die zwei Prozent sind). Und das bezahlen wir alle.

## **Stopp der illegalen Umverteilung von Einkommen zu Immobilienkapital**

Dass man mit Immobilien leistungsfrei sehr viel Geld verdient, war auch Verfassungs- und Gesetzgeber bewusst. Deshalb gibt es gleich drei Verfassungsartikel, die zahlbare Wohnungen sicherstellen sollen: Sie stützen die gemeinnützigen (also renditefreien) Wohnbauträger, fördern das selbstbewohnte Wohneigentum und schreiben im Mietwesen eine Beschränkung der Rendite auf zurzeit 2 Prozent vor. Nur: Keiner dieser Verfassungsaufträge wird erfüllt.

Die Mieten sind 40 Prozent höher, als sie es nach gesetzlicher Vorgabe sein dürften. Wegen extrem tiefer Zinsen und Inflation hätten die Mieten sinken sollen. Sie sind aber massiv gestiegen. So werden den Mieterinnen und Mietern über 14 Milliarden Franken jährlich zu viel aus der Tasche gezogen. Das ist ein Skandal und volkswirtschaftlich schädlich. Darüber hinaus können sich nur noch 10 Prozent der Menschen potenziell selbstbewohntes Eigentum leisten. Über Jahrzehnte lag dieser Anteil bei 40 bis 50 Prozent.

All dies ist inakzeptabel. Schliesslich geht es um den grössten Posten im Haushaltsbudget. Und Wohnen ist für die meisten Menschen der Stoff, aus dem Träume gemacht sind. Hier kommt unsere Wohn-Initiative ins Spiel. Diese verlangt eine Ausweitung des gemeinnützigen Wohnbaus von heute knapp 5 Prozent auf mindestens 10 Prozent.

## **Einfache Lösung für schwieriges Problem**

Wohngenossenschaften sind die Lösung: eine Mischung aus Wohneigentum und Miete. Sie vermieten um rund 26 Prozent billiger als die renditeorientierten Wohnbauträger. Das sind immerhin drei Monatsmieten. Man kann mitbestimmen, weil man Eigentümer ist, und lebt sicher vor Kündigung. Zudem bieten Genossenschaften in aller Regel viele Nebenräume zur Mitbenutzung, etwa Partyräume, Werkstätten.

## **DARUM GEHT ES**

In der Schweiz herrscht ein grosser Mangel an bezahlbaren Wohnungen – und dies trotz rekordtiefer Zinsen. Begünstigt werden die Wohneigentümer, während die Mieterinnen und Mieter das Nachsehen haben. Die Initiative des Mieterverbandes fordert, dass der gemeinnützige Wohnungsbau gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen ausmacht. Derzeit sind es bloss 4 Prozent.



Wohnungsnot konkret: Anstehen für eine Wohnbesichtigung in Zürich.

Darüber hinaus sind tiefe Mieten die beste Altersvorsorge überhaupt. Wer für eine Vierzimmerwohnung statt 2000 1500 Franken bezahlt, spart in einem Arbeitsleben von 40 Jahren – das Ersparte zu einem Prozent Zins angelegt – rund 300 000 Franken an.

#### Ein gutes Geschäft für uns alle

Mit Vorkaufsrechten für Kantone und Gemeinden sowie einer Aufstockung von verzinslichen, rückzahlbaren Bundesdarlehen soll eine Expansion der Wohngenossenschaften ermöglicht werden. Das ist ein gutes Geschäft für Bund, Kantone und Gemeinden. Der Bund verdient an den Darlehen risikofrei Geld, weil er das Kapital günstiger aufnimmt, als er es an die Wohngenossenschaften verleiht. Die Gemeinden verdienen am Landkauf und der Vergabe im Baurecht, weil es ihnen jährliche Baurechtszinsen in die Kassen spült und die Wertsteigerungen des Bodens im Volksvermögen bleiben.

Auch für unsere Volkswirtschaft ist das ein gutes Geschäft, weil dadurch mehr in den Taschen der Haushalte bleibt. Und ganz besonders ist es ein gutes Geschäft für die Mietenden, die niemandem Monat für Monat einen Gewinn abliefern müssen. Wer für eine gleichwertige Vierzimmerwohnung im gleichen Quartier lieber 1500 Franken zahlt statt 2000 – also eigentlich alle –, der oder die muss zu dieser Initiative Ja sagen. Denn es gibt keinen einzigen guten Grund dagegen.

# Mehr gemeinnützige Wohnungen, weniger Rendite



Claudia Friedl, Präsidentin Casafair, Nationalrätin SG

Der Schweizer Wohnungsmarkt steht zunehmend vor einem Paradox: Die Hypothekarzinsen sind rekordtief, die Teuerung praktisch auf Null – und dennoch steigen die Mieten stetig an. Vor allem Menschen mit tieferen Einkommen finden nur mit Mühe eine bezahlbare Wohnung. Sie blättern bis zu 36 Prozent ihres Einkommens für die Miete hin.

Bezahlbarer Wohnraum heisst aber nicht nur zahlbare Mieten, sondern auch vernünftige Preise für Wohneigentum. Denn viele Leute würden gerne eine eigene Wohnung oder ein Haus kaufen. Aber dies ist auf dem überhitzten Wohnungsmarkt kaum mehr möglich. Kein Wunder, liegt die Wohneigentumsquote in der Schweiz bei 38 Prozent. Der EU-Durchschnitt beträgt 69 Prozent.

#### Zunehmend unerschwingliches Eigentum

Heute sind es gerade mal 10 Prozent der Mietenden, die sich selbstbewohntes Eigentum leisten könnten. Vor 20 Jahren waren es doch noch über 40 Prozent. Zu diesem Schluss kommen sowohl die Zürcher Kantonalbank als auch die CS. Dies liegt einerseits an den explodierenden Immobilienpreisen. Denn Boden und Liegenschaften sind zu den begehrtesten Objekten der Spekulation und Renditemaximierung geworden. Viele potenzielle Käuferinnen und Käufer erfüllen jedoch auch die Anforderungen der Banken nicht. Der Grund: Die Finanzinstitute rechnen mit seit Jahren reali-

tätsfremden Hypothekarzinsätzen von 4 bis 5 Prozent. Eine Diskussion über eine Anpassung dieses kalkulatorischen Zinssatzes wäre durchaus angebracht.

Die Initiative des Mieterverbands setzt mit der Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus der ganzen Misere etwas entgegen. Künftig sollen mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen im Besitz von gemeinnützigen Wohnbauträgern sein. Bund, Kantone und Gemeinden sollen geeignete Grundstücke mit einem entsprechenden Vorkaufsrecht belegen können und so Institutionen des gemeinnützigen Wohnungsbaus zu Boden zu erschwinglichen Preisen verhelfen oder ihnen den Boden im Baurecht zur Verfügung stellen. Heute sind gesamtschweizerisch bloss 5 Prozent der Mietwohnungen gemeinnützig.

#### Klimaschutz fördern

Mit der Initiative wird Wohnraum der Spekulation entzogen. Das hat einen dämpfenden Effekt auf Mieten und im besten Fall auch auf die Liegenschaftspreise, weil die Mieten Konkurrenz bekommen. Nach Angaben der Raiffeisenbank liegen die Mieten heute 40 Prozent über dem Betrag, den sie nach Gesetz abwerfen dürften. Das entspricht jährlich 14 Milliarden Franken leistungsfreiem Gewinn für die Immobilienbesitzer.

Die Initiative widmet sich auch dem Klimaschutz im Gebäudebereich, fallen doch 40 Prozent des gesamten schweizerischen Energieverbrauchs hier an. Die Förderprogramme der öffentlichen Hand für die Sanierungen müssen so ausgestaltet werden, dass sie nicht durch die Hintertür zum Verlust von preisgünstigen Mietwohnungen führen. Die Energiewende muss sozialverträglich und fair umgesetzt werden. Das ist machbar. Für mehr bezahlbare Wohnungen braucht es ein Ja am 9. Februar.

## KLIMAPOLITIK

# Stoppen wir den Etikettenschwindel

## KLIMAFREUNDLICHE FINANZANLAGEN BOOMEN. DOCH IST AUCH «GRÜN» DRIN, WENN DIE FINANZINSTITUTE «GRÜN» VERSPRECHEN?

Wie Grossanleger und Kleinsparerinnen ihr Geld anlegen, spielt für den Klimawandel eine entscheidende Rolle. Denn der Schweizer Finanzplatz ist für einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss verantwortlich, der zweiundzwanzigmal jenem der Schweizer Wirtschaft und Bevölkerung entspricht. Für einen wirksamen Klimaschutz braucht es darum zwingend eine Umlenkung dieser Finanzflüsse.

Eine Möglichkeit bieten «nachhaltige» Finanzprodukte, die einen Bezug zu Umwelt-, Sozial- oder Governance-Fragen herstellen. Diese erfreuen sich steigender Nachfrage. Sind diese aber auch wirklich nachhaltig? Labels und Standards versprechen Orientierung im Dschungel der Finanzprodukte. Zur Erfüllung des Pariser Klimaabkommens (Art. 2.1c, Umlenkung der Finanzflüsse) tragen die «nachhaltigen» Finanzprodukte jedoch kaum bei, obwohl gewisse Bankinstitute genau dies vorgeben.

### Kein Anlagefonds entspricht Pariser Kriterien

In der Realität stellt heute nur bei einem sehr kleinen Teil der so genannten nachhaltigen Produkte die Klimaverträglichkeit der Investitionen



Priska Birrer-Heimo,  
Nationalrätin LU

ein Selektionskriterium dar. Bisher gibt es keinen Anlagefonds, der den Kriterien des Pariser Abkommens entspricht. Im Gegenteil, fast alle diese Finanzprodukte (Fondsanteile) enthalten Aktien von Energieunternehmen, die stark in fossile Energien investiert sind. Schätzungen zufolge sind heute rund 15 Prozent aller konventionellen Anlagen, die sich an gängigen Benchmarks und Indizes orientieren, in fossile Unternehmen investiert. Die «nachhaltigen» Anlagen unterscheiden sich in dieser Hinsicht kaum.

Es wäre deshalb ein grosser Fehler, diese Anlagen auch noch steuerlich zu «fördern» und die Stempelsteuer für solche angeblich nachhaltige Finanzprodukte zu erlassen. Die SP hat darum in der letzten Session einen ganzen Strauss von klimarelevanten Vorstössen eingereicht.

### Unsere Forderungen

Die EU beabsichtigt, in diesem Jahr eine Taxonomie zu erlassen (Richtlinie zur Klassifizierung von Investments nach ökologischen und sozial nachhaltigen Kriterien). Das wird auch Auswirkungen auf die Schweiz haben. Die Finanzindustrie, die Finanzmarktaufsicht und die Politik sind gefordert:

- Es braucht Massnahmen, um Transparenz bezüglich der Nachhaltigkeit von Finanzprodukten herzustellen. Es muss detailliert offengelegt werden, ob und wenn ja welche Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden.
- Es muss sichergestellt werden, dass Finanzprodukte, die als «grün» gehandelt werden, in ihren Portfolios die Klimawirksamkeit der einzelnen Titel wirklich berücksichtigen.
- Es braucht eine Strategie, damit mehr glaubwürdige und verlässliche Finanzprodukte angeboten werden, die die Pariser Klimaziele erfüllen.
- Es braucht Massnahmen gegen den Etikettenschwindel auf dem Schweizer Finanzmarkt. Die Konsumentinnen und Konsumenten müssen sicher sein, dass sie von Finanzinstituten nicht getäuscht werden.

### Damit es Anleger in der Hand haben

Die Bekämpfung des Etikettenschwindels, hat einen dreifach positiven Effekt: Zum einen werden die Kriterien für nachhaltige Finanzprodukte geschärft, weil verlässliche und einheitliche Messlatten definiert werden. Zum anderen werden die klimaschädlichen Produkte immer klarer erkennbar. So wird Transparenz geschaffen. Ausserdem können die Kundinnen und Kunden so wirklich etwas gegen den Klimawandel tun.





# Elternzeit statt Steinzeit!

**SELBST BEIM LÄNGST FÄLLIGEN VATERSCHAFTSURLAUB WIRD UM JEDEN EINZELNEN TAG GEFEILSCHT. DIE SP GEHT DARUM IN DIE GEGENOFFENSIVE UND ERARBEITET EINE INITIATIVE FÜR EINE ECHTE ELTERNZEIT IM KANTON BERN. DAS NÜTZT DEN FAMILIEN, DEN UNTERNEHMEN UND DER VOLKSWIRTSCHAFT. UND BRINGT DEN KANTON ALS GESAMTES VORAN.**

Familien mit kleinen Kindern sind im heutigen System extrem gefordert. Heute reduzieren vor allem Frauen ihre Arbeitszeit ab der Geburt des ersten Kindes stark – und oft für lange Zeit. Sie übernehmen den Löwinnenanteil an unbezahlter Betreuungs- und Hausarbeit. Dafür bezahlen sie mit Lohneinbussen, Einbussen bei den Sozialversicherungen und tieferen Renten. Kinderbetreuung ist also auch heute nicht gratis – sondern wird von den Familien und insbesondere den Müttern über unbezahlte Arbeit finanziert.

Wir dürfen die wichtige, unbezahlte Arbeit der jungen Familien nicht mehr unter den Tisch wischen! Um sie zu erledigen, brauchen Mütter und Väter eine bezahlte Auszeit von der Lohnarbeit. Darum haben die Delegierten am Parteitag der SP Kanton Bern vom 4. Dezember 2019 beschlossen, dass die Parteileitung eine kantonale Initiative für eine echte Elternzeit erarbeiten soll.

## **Gesellschaftliche Wirkung erst ab 38 Wochen**

Es ist klar: Jeder zusätzliche Tag «Urlaub» für Eltern ist ein Gewinn für die Familien. Studien zeigen aber, dass eine gesamtgesellschaftliche Wirkung erst ab 38 Wochen einsetzt. Denn erst dann hat eine Elternzeit positive Auswirkungen auf den Beschäftigungsgrad der Mütter. Daher wären zusätzlich zu



Tanja Bauer,  
Vize-Präsidentin  
SP Kanton Bern,  
Grossrätin

den bereits bestehenden 14 Wochen Mutterschaftsversicherung mindestens weitere 24 Wochen Elternzeit notwendig. Davon soll eine bestimmte Anzahl Wochen exklusiv für den Vater reserviert sein. Die verbleibenden Wochen könnten die Eltern frei unter sich aufteilen.

Eine Elternzeit bringt viele Vorteile. Mütter und Väter haben die Möglichkeit, mehr Zeit mit ihrem Kind zu verbringen und die Betreuungs- und Hausarbeit gleichberechtigt zu teilen. Väter haben von Anfang an eine Rolle im Leben der Kinder und können zuhause mehr Verantwortung übernehmen. Umgekehrt können Mütter Familie und Beruf besser vereinbaren, sind finanziell unabhängiger und werden am Arbeitsplatz aufgrund von Mutterschaft weniger diskriminiert. Viele andere Länder kennen bereits solche Lösungen. Es zeigt sich dort, dass eine Elternzeit neben den Vorteilen für Familie

und Gesundheit auch positive Auswirkungen auf die Volkswirtschaft und die Steuereinnahmen hat.

## **Eine Chance für den Kanton Bern**

Die Kantone spielten schon immer eine wichtige Rolle bei der Einführung von sozialen Reformen, das ist einer der Vorteile des Föderalismus. Beispiele dafür sind die AHV, das Frauenstimm- und -wahlrecht oder der Mindestlohn. Der Kanton Bern könnte mit anderen progressiven Kantonen in der Familienpolitik vorangehen und damit auch den Druck auf eine nationale Lösung erhöhen.

Es wäre aber auch eine Chance für den Kanton Bern. Denn in Zeiten des Fachkräftemangels haben grosse, hochprofitable Unternehmen verstanden, dass eine moderne Familienpolitik in ihrem Interesse ist, und gehen schon heute oft weiter als das gesetzliche Minimum. Für KMU hingegen ist es schwieriger, solche Massnahmen ohne staatliche Unterstützung einzuführen. Damit haben sie im Rennen um Fachkräfte das Nachsehen. Eine echte Elternzeit wäre also auch ein Vorteil für die kantonale Volkswirtschaft. Und eine familienfreundliche Politik, die die Volkswirtschaft stärkt, wäre nicht zuletzt auch eine Alternative zum schädlichen Steuerwettbewerb.

**Willst du dich für eine echte Elternzeit im Kanton Bern engagieren? Melde dich mit einem Mail an [sekretariat@spbe.ch](mailto:sekretariat@spbe.ch).**

# Die Einführung von Betreuungsgutscheinen in Jegenstorf



**ÜBER BETREUNGSGUTSCHEINE FÜR DIE FAMILIENEXTERNE KINDERBETREUUNG (KITAS UND TAGESFAMILIEN) KONNTE DER PRESSE IN DEN LETZTEN MONATEN VIEL ENTNOMMEN WERDEN. JE NACH BLICKWINKEL WURDE DER SYSTEMWECHSEL ALS GUT UND SINNVOLL ODER ALS UNNÖTIG – BEZIEHUNGSWEISE ALS KOSTENTREIBER – KOMMENTIERT. NÜCHTERN BETRACHTET, BIETET ER DURCHAUS CHANCEN, UM DIE VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF ZU VERBESSERN.**

Der Kanton Bern hat sich entschieden, das System der Betreuungsgutscheine auf den ganzen Kanton auszuweiten, nachdem es vorgängig in der Stadt Bern getestet worden war. In den kommenden zwei Jahren müssen also alle Gemeinden auf Gutscheine umsteigen, wenn sie für die familienergänzende Kinderbetreuung weiterhin Geld vom Kanton erhalten wollen.

Damit die Elternbeiträge unabhängig von den Angeboten und dem Wohnort vergleichbar sind, orientiert sich die Höhe der Gutscheine am massgebenden Einkommen (bzw. Vermögen) der Eltern und nicht am steuerbaren Einkommen.

## **Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern**

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Schweiz und somit im Kanton Bern auch heute noch kein Spaziergang. Dies belegen die neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik. Es ist daher höchste Zeit, Bewegung ins System zu bringen.

**Die zweijährige Pilotphase kann für die Gemeinden eine Chance sein.**



Lydia Baumgartner,  
Grossrätin und  
Gemeinderätin  
Jegenstorf

Der Systemwechsel verbessert für berufstätige Eltern den Zugang zu subventionierten Angeboten in der Kinderbetreuung und stärkt die freie Wahl der Betreuungsorganisationen. Wenn eine Gemeinde Betreuungsgutscheine einführt, entstehen meist neue Kitaplätze und Eltern werden somit schneller zum gewünschten Zeitpunkt einen Kitaplatz finden können, zumal sie nicht an einen Standort gebunden sind. Bereits ausgetestete Modelle in anderen Kantonen haben dies gezeigt.

## **Möglichst wenig Einschränkungen**

Als Gemeinderätin, Ressort Soziales, habe ich mich intensiv mit dem Gutscheinsystem befasst und es war mir ein Anliegen, das System in meiner Gemeinde möglichst ohne Einschränkungen einzuführen. Das gelang dann aber nur bedingt. Die Gemeinde Jegenstorf wird ab kommendem August auf die Betreuungsgutscheine umstellen, leider aber nicht ganz ohne Einschränkung, wie es entsprechend der Empfehlung des Kantons angedacht war.

Im Reglement wurde verankert, dass die Betreuungsgutscheine nur bis zum Eintritt in den Kindergarten oder bei Tagesfamilienorganisationen nur bis und mit 13. Altersjahr ausgestellt werden. Auch behält sich der Gemeinderat je nach Kostenentwicklung vor, nach einer zweijährigen Pilotphase eine finanzielle Deckelung vorzunehmen, sollten die Kosten ins Uferlose driften.

## **Erster Schritt in die richtige Richtung**

Die zweijährige Pilotphase kann für die Gemeinden eine Chance sein, denn ich bin überzeugt, dass sich das Gutscheinsystem schlussendlich für alle auszahlen und eine Deckelung nicht nötig sein wird. Zurzeit fürchten sich noch viele vor einer Kostenexplosion und ich will es nicht schönreden: Betreuungsgutscheine werden mehr kosten als eine Objektfinanzierung, auch sind die Kosten zu Beginn schlecht planbar.

Aber auch wenn eine Gemeinde (und damit auch der Kanton) mehr ausgeben muss, werden die Einnahmen steigen, davon bin ich überzeugt. Einerseits weil mehr Familien profitieren, aber andererseits auch, weil Alleinerziehende und ZweitverdienerInnen in Paarhaushalten erwerbstätig werden können. Dadurch werden die Steuereinnahmen zunehmen und letztendlich auch die Sozialhilfekosten sinken.

Die flächendeckende Einführung der Betreuungsgutscheine ist ein Schritt in die richtige Richtung. Trotzdem sind wir noch weit davon entfernt, ein Land mit Vorzeigecharakter im Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sein. Neben genügend bezahlbaren Kitaplätzen braucht es auch gut ausgebaute Tagesschulen und Ferienbetreuungsangebote, dafür werde ich mich einsetzen – hoffentlich mit deiner Unterstützung.

# «Arbeit ist und bleibt in unserer Kultur ein zentraler Pfeiler der gesellschaftlichen Integration.»

**DAS SAH ZENTRALSCHWEIZ IST EINE DER GRÖSSTEN ORGANISATIONEN IN DEN BEREICHEN ARBEIT, BILDUNG UND INTEGRATION IN UNSERER REGION. MIT BESCHÄFTIGUNGS- UND BILDUNGSPROGRAMMEN WERDEN ERWERBSLOSE UND STELLENSUCHEDE PERSONEN SOWIE GEFLÜCHTETE MENSCHEN BEI DER BERUFLICHEN, SPRACHLICHEN UND SOZIALEN INTEGRATION UNTERSTÜTZT UND DER ZUGANG ZUM SCHWEIZERISCHEN ALLTAG ERLEICHTERT. WAS DAS ALLES MIT DER SP ZU TUN UND WELCHEN HERAUSFORDERUNGEN SICH DIE ORGANISATION ZU STELLEN HAT, ERKLÄRT UNS BEAT DÄPPELER, SP-MITGLIED UND PRÄSIDENT DES SAH ZENTRALSCHWEIZ, IM INTERVIEW.**

Interview: Sebastian Dissler

**Lieber Beat, die SP und das Schweizerische Arbeiterhilfswerk (SAH) verbindet eine lange Geschichte. Welche?**

Das Schweizerische Arbeiterhilfswerk wurde 1936 vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Partei

der Schweiz gegründet mit dem Ziel, die Folgen der Weltwirtschaftskrise zu mildern und bedürftige Arbeiterfamilien und ihre Kinder im In- und Ausland zu unterstützen. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde das SAH auch in der Flüchtlingshilfe

aktiv. Bis heute gehört die SP zu den Trägern unserer Organisation. Präsidentin des nationalen SAH-Netzwerks ist aktuell Mattea Meyer, SP-Nationalrätin aus Zürich. Im Vorstand des SAH Zentralschweiz engagieren sich seit jeher Vertreter\*innen der SP, der Gewerkschaften sowie der Grünen.

**Das SAH ist schweizweit tätig. Wie ist die Organisation strukturiert?**

Unter dem Namen «Netzwerk Schweizerisches Arbeiterhilfswerk» sind 11 in der Schweiz aktive, eigenständige SAH-Regionalvereine sowie Solidar Suisse zusammengeschlossen. Mit insgesamt fast 1000 Mitarbeitenden sind wir damit die grösste Anbieterin von Erwerbslosen- und Integrationsprogrammen in der Schweiz.

Seit 1992 sind wir auch in der Zentralschweiz tätig und seit 2005 ist das SAH Zentralschweiz ein eigenständiger Verein mit rund 100 Mitarbeitenden.

**Ein linkes Hilfswerk in einem bürgerlich geprägten Kanton. Kann das gut gehen?**

Ja, das kann es! Erstens, weil bei unserer Arbeit nicht parteipolitische Überlegungen im

Zentrum stehen, sondern die konkrete Hilfe an Menschen. Die grosse Herausforderung ist es aber, eine doppelte Funktion wahrzunehmen: Sowohl als Fachorganisation gute Arbeit zu leisten und sich als NGO für die Interessen der Klienten einzusetzen. Flüchtlinge zum Beispiel haben keine Lobby. Bei diesem Lobbying bei der öffentlichen Hand ist die fachliche Sichtweise des SAH ZS wichtig, unsere Mitarbeiter/-innen kennen den Bedarf zur beruflichen Qualifikation. Und stossen bei den Verantwortlichen der öffentlichen Hand zum Teil auf Widerstände.

Es wäre deshalb etwas vermessen zu behaupten, alles sei in bester Ordnung. Der Einsatz für sozial benachteiligte Menschen ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse sowie der klammen Finanzen des Kantons eine tägliche Herausforderung.

**Welches sind aus deiner Sicht die Herausforderungen der Zukunft im Bereich Arbeitsintegration?**

Arbeit ist und bleibt in unserer Kultur ein zentraler Pfeiler der gesellschaftlichen Integration. Immer mehr Menschen können mit

**«Der Einsatz für sozial benachteiligte Menschen ist aufgrund der Mehrheitsverhältnisse sowie der klammen Finanzen des Kantons eine tägliche Herausforderung.»**



Werbeschaufenster des SAH (1946).

den Veränderungen im Arbeitsmarkt nicht mehr Schritt halten, was trotz tiefer Arbeitslosenzahlen nicht vergessen werden darf. Frustrierend für viele ist dabei, dass sich häufig nicht die Arbeit als solche wandelt, sondern der Rahmen. So putzt beispielsweise eine Reinigungskraft ein Büro weiterhin mit Lumpen und Staubsauger. Rapporte und Bestellungen muss sie aber auf einem Tablet digital erfassen. Oft ist die Hürde sogar vor dem eigentlichen Job. Immer mehr Firmen setzen auf Online-Bewerbungsformulare. Das vereinfacht die internen Prozesse wesentlich. Für Menschen mit tiefen digitalen Kompetenzen ist das aber eine grosse Herausforderung. Generell haben es Menschen mit einem kleinen Bildungsrucksack zunehmend schwer, eine existenzsichernde Erwerbsarbeit zu finden.

**Weihnachten ist zwar vorbei, aber trotzdem: Welchen Wunsch hast du an die SP-Mitglieder sowie an unsere Vertreterinnen und Vertreter in den Legislativen und Exekutiven dieses Kantons?**

Ganz konkret: Engagiert euch für die Grundwerte wie Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt und Unabhängigkeit! Dies sind auch die Grundwerte des SAH Zentralschweiz und werdet Mitglied, Freiwillige\*r oder engagiert eine Reinigungskraft unseres Angebotes «blitzblank Vermittlung». Wir suchen zudem laufend Arbeits- und Praktikumsplätze für unsere Klientinnen und Klienten.

Den Politikerinnen und Politikern kann ich empfehlen, unsere grosse Erfahrung im Bereich Arbeitsintegration zu nutzen. Wir unterstützen euch gerne in der sozialpolitischen Arbeit.

# ACHTUNG!

## Dieses Päckli bezahlt der MITTELSTAND



darum am 9. Februar

# NEIN

zum Steuergesetz

## Eine starke Kampagne gegen das geplante Steuergeschenk an Unternehmen

Am 9. Februar 2020 stimmen wir über die Änderung des Thurgauer Steuergesetzes ab. Die kantonale Umsetzung der STAF ist eine fast identische Kopie der Pläne, die der Regierungsrat schon vor der Unternehmenssteuerreform III 2017 präsentierte. Die Beratungen im Parlament wurden zu einem Schaulaufen der rechtsbürgerlichen Mehrheit von SVP und FDP. Die Gewinnsteuer wird von 4% auf 2,5% gesenkt, die Kapitalsteuer soll um die Hälfte sinken. Und das ohne dringenden Handlungsbedarf: Die Anzahl sonderbesteuerteter Statusgesellschaften und ihr Beitrag zu den Steuererträgen der juristischen Personen im Kanton Thurgau ist gering.

Eine kantonale Gegenfinanzierung der Vorlage ist nicht vorgesehen. Der Verzicht auf eine Anpassung der Dividendenbesteuerung wird dazu führen, dass zukünftig Gehälter häufiger als Dividenden und nicht mehr als Lohn bezogen werden – mit entsprechend hohen Einbussen für unsere Sozialwerke.

Als Entlastungs- und Ausgleichsmassnahmen wurden zum Teil bereits vom Parlament beschlossene Massnahmen zugunsten der Gemeinden und Schulgemeinden vorge-

stellt: Die Erhöhung des Kinderfremdbetreuungsabzuges, das neue Finanzbeitragsgesetz für die Schulgemeinden und die neue Pflegefinanzierung für die politischen Gemeinden kommen auch bei einem Nein zum neuen Steuergesetz.

Lediglich ein paar «Zückerli» für Familien wurden ins Gesetz aufgenommen: Die Erhöhung des Krankenkassenprämienabzugs nützt wegen der Steuerprogression vor allem reichen Familien, während Familien, die gar keine Steuern zahlen, leer ausgehen. Um Familien und Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen wirklich von den zunehmenden Krankenkassenprämien zu entlasten, hätten die 12,5 Millionen Franken in die individuelle Prämienverbilligung IPV investiert werden müssen. Dieser und alle weiteren Anträge von linker Seite für echte soziale Ausgleichsmassnahmen wurden abgeschmettert.

Der Mittelstand wird mit dem neuen Steuergesetz gleich doppelt bestraft: Viele mittelgrosse Gemeinden und die Städte mit hohen Zentrumslasten können sich die Steuerausfälle kaum leisten. Leistungsabbau, etwa bei Bildung, Gesundheit oder Kultur, und Steuererhöhungen für natürliche Personen werden

die Folge sein. Bei einer Steuererhöhung dürfte das Geld, welches durch die Erhöhung der Ausbildungszulage und der Steuergutschrift für Kinder den Familien zusätzlich zur Verfügung stehen sollte, gleich wieder weg sein.

Ein Nein zum neuen Steuergesetz macht den Weg frei für einen echten Kompromiss, eine massvollere und gegenfinanzierte Steuerensenkung sowie echte soziale Ausgleichsmassnahmen.

Nina Schläfli und Julian Fitze

### WAS DU JETZT NOCH TUN KANNST

- Schreibe einen Leser\*innenbrief in deiner Lokalzeitung und in der Thurgauer Zeitung. Vorgaben TZ: Maximal 1200 Zeichen, späteste Frist: 31. Januar 2020
- Erwähne deine Freundinnen, Freunde, Bekannte und Familie an den wichtigen Abstimmungstermin. Weitere Informationen gibt es auf unserer Webseite: [www.steuergesetz-tg-nein.ch](http://www.steuergesetz-tg-nein.ch)
- Verbreite die Testimonialbilder und -videos auf Facebook.



# Nein zur Beschaffung von Luxus-Kampffjets!

**EIN BLANKOSCHECK ÜBER SECHS MILLIARDEN FRANKEN – DAS VERLANGT DER BUND MIT DER GEPLANTEN ANSCHAFFUNG VON LUXUS-KAMPFFJETS. DOCH BRAUCHEN WIR DIESE ÜBERHAUPT? DIE ANTWORT LAUTET KLAR: NEIN.**

Unbestritten ist: Der Schutz des Luftraums ist sehr wichtig. Die Frage lautet darum nicht, ob wir unseren Luftraum und die Bevölkerung schützen wollen. Das wollen wir alle. Es stellt sich die Frage, wie und mit wie viel Geld wir diesen Schutz sicherstellen wollen. Benötigen wir dafür Luxus-Kampffjets für sechs Milliarden Franken, die weit mehr können, als notwendig? Oder gäbe es auch günstigere und passendere Lösungen?

## **Doppelte Sicherheit zum halben Preis**

Diese besseren Lösungen gibt es. Die SP hat sich darum lange und intensiv mit VBS-unabhängigen Fachleuten auseinandergesetzt und ein Alternativ-Konzept ausgearbeitet. Das Konzept bietet «doppelte Sicherheit zum halben Preis» und steht auf vier Säulen: leichtes Kampfflugzeug, besserer Radar zwecks Früherkennung, besseres Führungs- und Kontrollsystem und bessere bodengestützte Abwehr. Denn diese ist für die Luftraumsicherheit ebenso wichtig wie Kampffjets. Darüber hinaus ist die Abwehr wirksamer und zuverlässiger. Insgesamt erfordert das SP-Alternativ-Konzept Investitionen von vier Milliarden Franken statt deren acht, wie vom Bundesrat im Planungsbeschluss vorgeschlagen.



Priska Seiler-Graf,  
Nationalrätin ZH

Die allermeisten Aufgaben des Luftpolizeidienstes können leichte Kampffjets erfüllen. Pro Jahr fallen in der Schweiz 200 bis 350 sogenannte Live-Missions an. Das sind Kontroll- und Hilfeleistungen (nicht Aufholjagden), die problemlos von leichten Kampffliegern ausgeführt werden können. Die Polizei geht auch nicht mit dem Lamborghini auf Streife.

Für die anderen Aufgaben, die rund 10 bis 40 sogenannten Hot-Missions pro Jahr, verfügen wir weiterhin über die F/A-18-Flotte. Denn diese soll nicht verschrottet werden, im Gegenteil. Sie soll geschont werden, damit wir sie länger einsetzen können, denn sie ist immer noch modern.

[www.luxuskampffjet-nein.ch](http://www.luxuskampffjet-nein.ch)

Leichte Kampffjets sind darüber hinaus nicht nur billiger in der Anschaffung, sondern führen auch zu deutlich tieferen Betriebs- und Unterhaltskosten. Über die gesamte Lebenszeit werden für die Luxus-Kampffjets ganze 24 Milliarden Franken veranschlagt.

## **Österreich macht's vor**

Österreich schützt seinen Luftraum auf die vorgeschlagene Weise: Der Eurofighter übernimmt nur 60 Prozent der Luftraumüberwachung, den Rest erledigt der leichte Jet-Trainer Saab 105. Eine solche kostengünstige Alternative wurde vom VBS jedoch nicht einmal in Erwägung gezogen, geschweige denn geprüft.

Der Luftraum ist der Schwachpunkt unseres kleinen Landes. Zum Glück sind wir von befreundeten Ländern umgeben, die mit Ausnahme von Österreich alle NATO-Mitglied sind. Für den äusserst unwahrscheinlichen Fall eines fremden Angriffs profitieren wir daher von einem soliden NATO-Schirm. Ohne die enge Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, gerade im Bereich der Früherkennung, wären wir aber blind und handlungsunfähig. Diese Zusammenarbeit gilt es darum weiter auszubauen, denn sie ist ein sicherheitsrelevanter Gewinn.

Wir wollen keinen Blankoscheck für sechs Milliarden. Für so viel Geld kauft niemand die Katze im Sack.



**ZU DEN KAMPFFJET-MILLIARDEN**

## Gesucht I: Mitglieder für die Fachkommission Netz- und Datenpolitik

An der letzten Delegiertenversammlung der SP Schweiz wurde die Gründung einer Fachkommission Netz- und Datenpolitik beschlossen. Diese soll Interessierte in der Partei vernetzen, netzpolitische Fragen diskutieren, Positionspapiere verfassen sowie Fraktion und Partei in Digitalisierungsfragen beraten.

2015 veröffentlichte die SP ein Positionspapier zur Internetpolitik. Seither war die Partei in Digitalisierungsfragen nur punktuell präsent. Diese Fragen gewinnen aber zunehmend an Bedeutung. Aus diesem Grund wurde beschlossen, mit einer Fachkommission diese Themen stärker zu gewichten und intensiver zu bearbeiten.

Als Co-Präsidium wurden Geschäftsleitungsmitglied Andreas Burger und Nationalrätin Min Li Marti gewählt. Die Fachkommission steht allen interessierten Parteimitgliedern offen. Auf eine ausgewogene Vertretung der Geschlechter und Sprachregionen wird nach Möglichkeit geachtet. Die Fachkommission trifft sich voraussichtlich zwei Mal im Jahr, weitere Aktivitäten sind möglich. Vom Zentralsekretariat aus wird die Fachkommission durch Claudio Marti betreut.

Die erste Sitzung ist in der Frühlingssession am 11. März ab 19.15 Uhr im Zimmer 4 des Bundeshauses in Bern geplant. Dort werden auch die Legislaturziele der SP-Fraktion in Sachen Digitalisierungsfragen diskutiert.

Möchtest du mitmachen? Interessieren dich brennende Fragen zur Netzpolitik? Wende dich bitte an [claudio.marti@spschweiz.ch](mailto:claudio.marti@spschweiz.ch)

## Gesucht II: Politisch tätige Menschen mit Behinderung

Die Universität Zürich sucht für ein Forschungsprojekt Menschen mit einer Behinderung oder chronischen Krankheit, die entweder in der Politik tätig sind oder ein politisches Amt anstreben. Ziel des Projekts «Disabled in Politics» ist es, die Situation dieser Menschen zu untersuchen und zu verbessern, vor allem durch Sensibilisierungsmassnahmen und konkrete Empfehlungen. Für die Forscherinnen und Forscher stehen sowohl «sichtbare» als auch «unsichtbare» Behinderungen im Zentrum. Gesucht sind Personen, denen es eine voraussichtlich dauernde körperliche, geistige oder psychische Beeinträchtigung erschwert oder verunmöglicht, alltägliche Verrichtungen vorzunehmen, soziale Kontakte zu pflegen, sich fortzubewegen oder sich aus- und weiterzubilden. Das Projekt wird vom Eidgenössischen Büro für die Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen unterstützt.

Zählst du zur Zielgruppe der Forscherinnen und Forscher und möchtest deine Erfahrungen weitergeben? Dann melde dich bei [manuel.zanardini@uzh.ch](mailto:manuel.zanardini@uzh.ch)

## In eigener Sache: Parteitag vom 4./5. April

Aller Anfang ist Basel? Das könnte man meinen: Am Parteitag 2008 in Basel wurde Christian Levrat zum Präsidenten gewählt. Und am diesjährigen Parteitag Anfang April wird wiederum in Basel seine Nachfolge gekürt.

Unter [www.spschweiz.ch/parteitag2020](http://www.spschweiz.ch/parteitag2020) findest du sämtliche Unterlagen zum Parteitag sowie auch das Online-Anmeldeformular. Die Anmelde-, Antrags- und Bewerbungsfrist ist der 19. Februar 2020. Alle angemeldeten Delegierte werden am 4. März den zweiten Parteitagversand erhalten und über das Parteitagsfest informiert werden, das am Samstagabend in der Markthalle Basel stattfindet.

Wir freuen uns bereits heute, am 4./5. April 2020 das neue SP-Präsidium zu wählen, die Abstimmungsparolen zu beschliessen, Anträge und Resolutionen zu behandeln, über die Schwerpunkte der neuen Legislatur zu diskutieren – und auf ein unvergessliches Parteitagsfest.

- Anmelde-, Antrags- und Bewerbungsfrist: 19. Februar 2020
- Telefonische Auskünfte: 031 329 69 69
- Homepage Parteitag mit allen Informationen: [www.spschweiz.ch/parteitag2020](http://www.spschweiz.ch/parteitag2020)

Liebe Genossinnen und Genossen

Geschafft! Meine erste Session liegt hinter mir. Zunächst galt und gilt es, Ratsabläufe und Leute kennenzulernen. In der Wandelhalle und an vielen Rahmenanlässen lernte ich täglich neue Ratsmitglieder, Medienschaffende, Interessensvertreterinnen oder Mitarbeitende der Bundesverwaltung kennen. In der SP-Fraktion bin ich gut angekommen. Die Unterstützung ist gross: Alle kennen die Herausforderungen, die die neuen Ratsmitglieder meistern müssen.

Das Tempo der Debatten ist sehr hoch. Täglich liegen Stapel von Beratungsunterlagen auf dem Pult. Verschiedene Themen laufen parallel. Man muss den Überblick behalten und auf politische Schwerpunkte fokussieren. Die Beratungen der politischen Geschäfte sind sehr vielseitig und interessant.

Als Kantonsparlamentarierin bin ich es gewohnt, dass ich mich bei allen Ge-



schäften zu Wort melden kann. Anders ist es im Nationalrat. Möglichkeiten zur freien Teilnahme an der Debatte gibt es nicht viele, nur beispielsweise bei Initiativen. So hielt ich mein erstes Votum – aus Überzeugung – zur Pflegeinitiative. Gleichzeitig konnte ich damit das Eis brechen und erstmals ans Mikrofon treten.

Mit Spannung erwartete ich die Bundesratswahl. Der Medienrummel in den Wandelhallen am Wahltag war überbordend. Es ist eine verpasste Chance, dass die Grünen nicht in den Bundesrat eingebunden wurden.

Meine erste Session war unglaublich intensiv. Das Einarbeiten in den Ratsbetrieb, das Kennenlernen von Menschen und Abläufen haben mich herausgefordert und werden mich weiterhin fordern. Ich freue mich darauf!

*Solidarische Grüsse,  
Sandra Locher-Benguere*



## BRIEFE AUS DEM NATIONALRAT

Liebe Genossinnen und Genossen

Nun liegt meine erste Nationalratssession in Bern hinter mir. Ich habe das Gefühl, der Einstieg sei mir gut gelungen. Ich bin in die Kommission «Wissenschaft, Bildung und Kultur» gewählt worden – meine absolute Wunschkommission. Und ich habe bereits mein erstes Votum gehalten.

Im Wahlkampf stellte ich die Frühförderung der Kinder sowie die Stärkung der Berufsbildung ins Zentrum. Dass ich auf Anhieb in der zuständigen Kommission Einsitz nehmen kann, ist nicht selbstverständlich. Zudem werde ich mich vermehrt mit den Themen Gleichstellung und Digitalisierung auseinandersetzen. Die erste Kommissionssitzung findet Ende Januar statt, und das wichtigste Geschäft wird die «Kulturbotschaft 2021–2024» sein. Damit wird die Kulturpolitik des Bundes für die nächsten Jahre wesentlich geprägt.

Meine erste Session fühlte sich ein bisschen an wie der Schulanfang: Alles ist neu. Ich habe viel gestaunt und ganz viele

Leute kennengelernt. Besonders wichtig sind natürlich meine beiden Sitznachbarn: Ich sitze zwischen Tamara Funicello, die als nationale JUSO-Präsidentin bekannt wurde, und Baptiste Hurni aus dem Kanton Neuenburg – mit ihm kann ich endlich mein Französisch auffrischen.

Überrascht hat mich, wie viele Kolleginnen und Kollegen, aber auch Vertreterinnen und Vertreter von Medien und Institutionen, mich auf aussen- und migrationspolitische Themen ansprachen. Beeindruckt war ich auch von Profis der IT-Abteilung des Parlaments. Sie führten mich sehr sorgfältig in den «Daten-Dschungel» des Bundes ein. Klar, ich kenne aus Basel den Parlamentsbetrieb gut, aber mit der Logik des Systems mit zwei Parlamentskammern muss ich mich erst noch vertraut machen.

*Ich grüsse euch herzlich,  
Mustafa Atici*

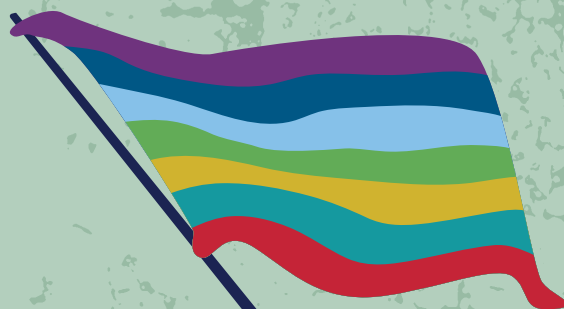
# RECLAIM DEMOCRACY

## KONGRESS

27. – 29. FEBRUAR 2020  
ROTE FABRIK · ZÜRICH

[WWW.RECLAIM-DEMOCRACY.ORG](http://WWW.RECLAIM-DEMOCRACY.ORG)

Dreitagespass jetzt online reservieren:  
CHF 100.- / CHF 80.- für Denknetzmitglieder



WWW.ZEITUNGS.COM | ILLUSTRATION: BRUNNEN

# Reclaim Democracy – Reclaim the Future

**VOM 27. BIS 29. FEBRUAR 2020 FINDET IN DER ROTEN FABRIK IN ZÜRICH DER ZWEITE RECLAIM-DEMOCRACY-KONGRESS STATT. DER KONGRESS WIRD VOM DENKNETZ SCHWEIZ IN ZUSAMMENARBEIT MIT 47 PARTNERORGANISATIONEN VERANSTALTET. AN FÜNF PLENARVERANSTALTUNGEN UND AN ÜBER 50 ATELIEREN WERDEN RUND 2000 TEILNEHMENDE ERWARTET.** Beat Ringger, Denknetz

Nach dem Erfolg des ersten Reclaim-Democracy-Kongresses in Basel kommt es nun zu einem zweiten Anlass in Zürich. In Zürich sind 47 Organisationen am Kongress beteiligt, darunter vier universitäre Institute, viele Umweltorganisationen wie Greenpeace, die Klimaallianz oder der VCS, drei Gewerkschaften (Unia, Syndicom, VPOD), Bewegungen wie die Migrationscharta oder Collective Climate Justice, Zeitschriften wie die «Neuen Wege» oder der «Widerspruch» sowie eine grosse Vielfalt an NGO wie die Grossmütterrevolution, die Digitale Gesellschaft oder Solidarité sans Frontières.

Für die thematischen Schwerpunkte und die Plenarveranstaltungen zeichnet eine Programmgruppe verantwortlich, die Leute aus unterschiedlichen Organisationen und Bewegungen umfasst. Dabei liess sich die Gruppe davon leiten, dass «die Generation

Klimastreik auf eine Welt trifft, die in die Abgründe von Klimakatastrophen taumelt, weil sie nicht in der Lage ist, für existenzielle Probleme angemessene Lösungen zu finden», wie sie schreibt. Bewegungen wie die Klimabewegung und die neue feministische Bewegung würden deshalb nicht nur konkrete Forderungen stellen, sondern zu Recht auch für einen Systemwechsel eintreten.

### Im Zentrum steht der Systemwechsel

Die Frage nach einem solchen Systemwechsel wird von der Programmgruppe denn auch ins Zentrum des Kongresses gestellt. Sie soll schwerpunktmässig aus Sicht der Klimafrage, aus Sicht der Digitalisierung und im Hinblick auf die Stärkung einer kritischen Öffentlichkeit beleuchtet werden. Dabei geht es immer auch darum, wie Demokratie weiterentwickelt werden kann, damit der erforder-

liche Wechsel realistisch wird. Das bedeutet unter anderem, sie auch auf Wirtschaftsbelange auszuweiten.

Zu den Referentinnen und Referenten am Kongress gehören Naomi Klein (per Video), Melinda Nadj Abonji, Orhan Akman, Susan Boos, Slave Cubela, Silke van Dyk, Mark Eisenegger, Daniel Lampart, Tetet Lauron, Tazio Müller, Oliver Nachtwey, Katharina Nocun, Niko Päech, Ina Praetorius, Katharina Prelicz-Huber, Beat Ringger, Sarah Schilliger, Ivonne Yannez, Stephanie Vonarburg, Cédric Wermuth, Christa Wichterich und Markus Wissen.

### JETZT KONGRESSTICKET BESTELLEN

Weitere Informationen zum Programm sowie Tickets gibt es unter [reclaim-democracy.org](http://reclaim-democracy.org). Im Vorverkauf kostet der Dreitagespass Fr. 100.–. Denknetz-Mitglieder bezahlen Fr. 80.– und Nicht- oder Geringverdienende Fr. 40.–.





# Der Fichenskandal wird zum Märchen

**EINE GUTE GESCHICHTE, VERFILMT MIT BESTER BESETZUNG: DER FILM «MOSKAU EINFACH!» ÜBER DIE FICHENAFFÄRE ÜBERZEUGT. ABER NICHT NUR DAS.** Pia Wildberger

30 Jahre ist es her, seit der Fichenskandal die Schweiz aufrüttelte. Von der Erschütterung, dem Entsetzen und auch der Wut von damals bleibt im Film «Moskau Einfach!» von Regisseur Micha Lewinsky nicht viel übrig. Das Ausmass des Zorns, der damals wie eine Welle durch die Schweiz rollte, lässt sich allenfalls an der Reaktion der Hauptdarstellerin Miriam Stein erahnen, die im Film eines der bespitzelten Opfer spielt.

Und trotzdem: Das Filmmärchen bezaubert. Wer den Fichenskandal

**Ab dem 13. Februar 2020 in den Kinos der Deutschschweiz. Und am 23. und 25. Januar an den Solothurner Filmfesttagen. Der Eröffnungsfilm des Festivals ist nominiert für den Prix du public.**

selbst erlebt hat, starrt gebannt auf die wenigen eingespielten Original-Bilder und Video-Fundstücke aus der Vergangenheit, sucht auf der Leinwand nach alten Bekannten, die (ebenfalls) demonstrieren gingen. Schon fast nostalgische Gefühle kommen auf beim Blick auf den Mief der 80er-Jahre, der dem Film eine besondere Note gibt. Und wer den Fichenskandal bloss aus Erzählungen kennt, findet die Liebesgeschichte mit Schweiz-Bezug mitreissend und die Schauspielerinnen und Schauspieler hervorragend.

Mike Müller brilliert als Vorgesetzter von V-Mann Viktor, der die Schauspielerin Odile am Schauspielhaus observieren soll. Dabei verliebt sich Viktor in die junge Frau. Als er auffliegt, kann er dank einer glücklichen Fügung weiterhin im Dunstkreis der Bühne wirken – und auf ein Happyend hoffen. Das bleibt nicht ohne Wirkung: Der Spitzel ist immer weniger vom Staatsschutz überzeugt. Auch die Künstlerszene kriegt ihr Fett weg. Man ist geneigt, der Gier nach Ruhm und Geld, die einzelnen Akteuren auf den Leib geschrieben wurde, einen dokumentarischen Wert abzugewinnen. Authentisch ist zweifellos die Erfahrung des Schauspielhausportiers, der als ausgebildeter Lehrer mit Fiche einfach keine Stelle findet – eine Erfahrung, die die Berichte im Nachgang zur Fichenaffäre vielfach dokumentierten.

Das Filmmärchen hält die Erinnerung an die 900 000 Fichen lebendig, die an der Taubengasse in Bern lagerten und auf denen festgehalten wurde, was unbescholtene Bürgerinnen und Bürger aller möglicher Couleure angeblich umtrieb. Der Film sorgt mit gelungenen Dialogen für gute Unterhaltung und etliche Lacher. Und als nostalgische Komödie mit einem guten Schuss Realität kann er nur empfohlen werden.

## WAS WIRD HEUTE ÜBERWACHT?

Die SP Schweiz und das Komitee Nein zum Schnüffelstaat hatten seinerzeit das Referendum gegen das Nachrichtendienstgesetz ergriffen, die Abstimmung jedoch verloren. 2017 trat das neue Gesetz in Kraft. Es baute die Überwachungsmöglichkeiten des Geheimdiensts massiv aus. Die private Kommunikation von Personen, die sich in der Schweiz aufhalten, kann seither – mit gerichtlicher Billigung – weitestgehend überwacht werden, ohne dass ein Tatverdacht auf eine strafbare Handlung vorliegt. Das neue NDG gab dem Geheimdienst zahlreiche Mittel in die Hand, die das Recht auf Privatsphäre in unverhältnismässiger Weise beeinträchtigen.

### Fichenskandal reloaded?

Die JUSO und die Klimabewegung befürchten, dass sich der Staatsschutz auch der Klimajugend «annimmt». Die JUSO hat daher ein Formular aufgeschaltet, mit dem alle beim Nachrichtendienst Einsicht in ihre Akten verlangen können. Antworten stehen noch aus.

[www.juso.ch](http://www.juso.ch)

# «Alle haben ein Anrecht auf Weiterbildung»



Pia Wildberger

**MICHAEL HERZKA LEITET SEIT EINEM JAHR «MOVENDO», DAS BILDUNGSINSTITUT DER GEWERKSCHAFTEN – ZEIT NACHZUFAGEN.**

**Weiterbildung ist ein florierender Markt. Wo sieht sich Movendo?**

Alle haben Anrecht auf Bildung und Weiterbildung. Das ist unser Credo. Dafür setzen sich die Gewerkschaften und Movendo ein. Es geht darum, dass die Weiterbildung besser in den Gesamtarbeitsverträgen verankert wird. In der Schweiz ist Bildung unser Kapital. Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber müssen darum Bedingungen schaffen, dass sich die Leute gerne und häufig weiterbilden.

**Diese Ansicht teilen nicht alle Arbeitgeber.** Ich sehe nichts, was dagegenspräche. Natürlich fehlen die Leute in den Betrieben, und natürlich kostet Bildung etwas. Wer an einem Weiterbildungskurs teilnimmt, muss sich das im Job und auch im privaten Umfeld organisieren. Und trotzdem muss Weiterbildung eine hohe Selbstverständlichkeit bekommen. Sodass sie nicht nur auf Druck als angeordnete Weiterbildung wahrgenommen wird. Weiterbildung umfasst auch weit mehr als das, was direkt im Beruf angewendet werden kann.

**Zählt der Yogakurs auch dazu?**

Weiterbildung findet nicht nur im Berufsfeld statt. Weiterbildung bedeutet auch, dass man vertiefen kann, was einen interessiert, dass sich einem neue Horizonte erschliessen. Es geht um die Auseinandersetzung mit den eigenen Ressourcen, mit den persönlichen Perspektiven. Das gehört zur Persönlich-

keitsentwicklung, zum Gedeihen, weit über die Arbeitsmarktfähigkeit hinaus.

**Welche Kurse bietet Movendo an?**

Zu uns kommen Menschen aus allen möglichen Berufen, das ist sehr eindrücklich. Wir bieten darum viele praxisorientierte und interaktive Kurse an, von der Einführung in Verhandlungstechnik bis zu Kursen zur Schichtarbeit oder zur Pensionsvorbereitung. Es gibt Kurse, die fast immer ausgebucht sind, beispielsweise zum Thema Körpersprache oder Umgang mit Stress. Wir haben aber auch einen Leistungsauftrag des Bundes und bieten die Ausbildung zur eidgenössisch diplomierten Gewerkschaftssekretärin bzw. Sekretär an.

**Wie finanziert ihr euch?**

Unsere Trägerorganisationen sind die Gewerkschaften Garanto, Kapers, Nautilus, SEV, Syndicom, Unia und VPOD, die zum grössten Teil für die Kurse aufkommen. Sie übernehmen für ihre Mitglieder die Kurskosten. SP-Mitglieder profitieren von Vorzugskonditionen. 95 Prozent der jährlich 3200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind Gewerkschaftsmitglieder.

**Wie erreicht ihr ein jüngerer Publikum?**

Das ist nicht einfach. Gerade im Hinblick auf die digitale Transformation macht mir die Gruppe der Nichtorganisierten Sorgen. Wenn zunehmend gut ausgebildete Leute in der Plattformökonomie im Rahmen einer Pseudo-Selbstständigkeit unterwegs sind, kann das in einer ersten Lebensphase vielversprechend sein. Aber wie werden diese Leute Teil einer Gewerkschaft oder von Movendo?

**Meinst du Plattformen wie UberEat?**

Offensichtlich wollen oder müssen manche Leute in einem zweiten oder dritten Job arbeiten. Plattformen wie UberEat bieten ein Angebot, das auf den ersten Blick attraktiv wirkt. Aber wenn Arbeitnehmende dann in Abhängigkeit von Algorithmen geraten und ausbeuterisch wenig verdienen, bereitet uns das Sorgen. Und da suchen wir, wie ganz viele andere auch, als Gewerkschaften und als Weiterbildungsinstitut Antworten.

## ZUR PERSON

Der überzeugte Städtzürcher Michael Herzka, 55, ist von Haus aus Sozialwissenschaftler. Vor Movendo arbeitete er – meistens in Verbindung mit dem Thema Bildung – in der Entwicklungszusammenarbeit sowie als Dozent für Management im sozialen Bereich an der ZHAW und der BFH. Er ist Mitglied des VPOD NGO.

## DIE HIGHLIGHTS

- Arbeit, Löhne und Renten: Gleichstellung jetzt! – 6. November, Bern
- Grenzen des Wachstums: Wie weiter? 30. April, Lenzburg
- Aufbaukurs Arbeitsrecht 7. Oktober, Luzern
- Auf Stellensuche mit 50+ 5. und 6. März, Olten
- Mutig handeln im Betrieb – aber sicher! 13. und 14. November, Sigriswil
- Gewerkschaftlicher Aufbruch weltweit 3. und 4. Dezember, Biel

Mehr dazu auf der gegenüberliegenden Seite oder unter [movendo.ch](http://movendo.ch).

Für Gewerkschaftsmitglieder sind die Kurse von Movendo gratis. Gewerkschaftsmitgliedschaft lohnt sich!



## Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

### Basisseminar für Personalvertretungen D1.7.2001

2.–4. März 2020, Solbadhotel, Sigriswil  
 Inhalt: Rollenverständnis, Aufgaben und Rechte einer Personalvertretung  
 Referent: Peter Lüthi (Team- und Organisationsberater)

### Basiskurs für Mitglieder von Stiftungsräten D1.9.2001

5./6. März 2020, Hotel Olten, Olten  
 Inhalt: Zusammenspiel der Sozialversicherungen, BVG, Begriffe, Verantwortung, Haftung, Zinslandschaft, Rechtsverhältnisse, Deckungsgrad  
 ReferentInnen: Sabino Di Mambro (eidg. dipl. Pensionkassenleiter), Roman Kahr (Finanzplaner FA), Gabriela Medici (SGB)

### Aufbaukurs für Mitglieder von Stiftungsräten D1.9.2003

19./20. März 2020, Hotel Olten, Olten  
 Inhalt: Jahresrechnung, Risikofähigkeit, Anlageorganisation BVV 2, Teilliquidation, technischer Zins, Umwandlungssatz, Sanierung, Unterdeckung, Risikomanagement  
 Referenten: Sabino Di Mambro (eidg. dipl. Pensionkassenleiter),

Roman Kahr (Finanzplaner FA), Jorge Serra (VPOD)

### Aufbauseminar Arbeitsrecht: Was der Arbeitgeber darf und was nicht D2.2.2002

25. März 2020, Restaurant Aarhof, Olten  
 Inhalt: Änderungskündigungen, missbräuchliche Kündigungen, Mobbing, Stresshaftung, Praxis und Bundesgerichtsentscheide  
 Referent: Urs Egger (Unia)

### Organizing für Vertrauensleute

D1.8.2002  
 30./31. März 2020, Solbadhotel Sigriswil  
 Inhalt: Betriebslandkarte (Mapping), 1:1-Gespräche, Umfragen für betriebliche Kampagnen am Arbeitsplatz, Mobilisierung  
 Referenten: Sébastien Bourquin (syndicom), Sören Niemann (Unia)

### Protokollführung D1.8.2009

30./31. März 2020, Solbadhotel, Sigriswil  
 Inhalt: Bedeutung und Arten von Protokollen, Instrumente zur raschen Erfassung des Gehörten, professionelle Gestaltung des Protokolls  
 Referentin: Milena Reis (Lehrperson GIBB)

### Erfolgreich verhandeln

D1.8.2006  
 23./24. April 2020, Hotel Flora Alpina, Vitznau  
 Inhalt: Verhandlungsvorbereitung und -beeinflussung, Interessen durchsetzen (Harvard-Prinzipien), konkrete Beispiele  
 Referentin: Danièle Lenzin (Unia)

### Grenzen des Wachstums:

**Wie weiter?** D2.1.2009  
 30. April 2020, Hotel Ochsen, Lenzburg  
 Inhalt: Historischer Rückblick, Funktion und Bedeutung des Wirtschaftswachstums, Analyse der aktuellen Wachstumsschwäche, Verteilungsfragen, Postwachstumsmodelle  
 ReferentInnen: Daniel Kopp (Ökonom), Danièle Lenzin (Unia)

Die Anmeldung erfolgt online [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch), per Mail [info@movendo.ch](mailto:info@movendo.ch) oder per Telefon 031 370 00 70

Die Kosten für mindestens eine Weiterbildung werden für Gewerkschaftsmitglieder von ihrer Gewerkschaft getragen. Mit deiner Anmeldung klären wir die Kostenfrage ab und informieren dich unverzüglich. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif von Fr. 250.– statt Fr. 410.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.– pro Kurstag. Weiter kann bei Simon Roth (SP Schweiz, [simon.roth@spschweiz.ch](mailto:simon.roth@spschweiz.ch)) finanzielle Unterstützung beantragt werden.

### AGENDA 2020

**6. FEBRUAR 2020**  
 Delegiertenversammlung  
 SP 60+ in Bern

**22. FEBRUAR 2020**  
 Delegiertenversammlung  
 SP MigrantInnen

**29. FEBRUAR 2020**  
 Mitgliederversammlung  
 SP Frauen in Bern

**3. APRIL 2020**  
 Koordinationskonferenz in Basel

**4./5. APRIL 2020**  
 Parteitag in Basel

**16. MAI 2020**  
 Mitgliederversammlung  
 SP 60+ in Bern

**26. JUNI 2020**  
 Koordinationskonferenz

**27. JUNI 2020**  
 Delegiertenversammlung

[www.spschweiz.ch/agenda](http://www.spschweiz.ch/agenda)



## DAS SCHICKSAL DER EU IST AUCH UNSER SCHICKSAL ÖFFENTLICHE TAGUNG ZUR EUROPÄISCHEN UNION SAMSTAG, 14. MÄRZ 2020, 10.15 – 15.15 UHR IM HOTEL BERN, BERN

Einleitungsreferate:

- **Die EU als Schutzschirm des Nationalstaates**  
 Aleida Assmann (deutsch), emeritierte Professorin, Universität Konstanz
- **L'UE est-elle néolibérale ? (Ist die EU neoliberal?)**  
 Charles Wyplosz (französisch), Professor am IHEID, Genf
- **Ist Demokratie nur im Rahmen des Nationalstaates möglich?**  
 Wilhelm Lehmann (französisch und deutsch), Berater EP, Brüssel, und IUE, Florenz

Podiumsgespräche mit: François Cherix (Co-Präsident NEBS), Hans-Jürg Fehr (alt Nationalrat), Gret Haller (alt Nationalratspräsidentin), Markus Nötter (alt Regierungsrat), Jon Pult (SP-Nationalrat) sowie Norbert Riedel, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Schweiz.

Programm/Anmeldung: [sp-ps-section.eu](http://sp-ps-section.eu)

Veranstalterin: Sektion «EU», offen für Mitglieder aus allen Kantonen. Die Sektion befürwortet vorbehaltlos den Beitritt der Schweiz zur Europäischen Union. Beitritt zur Sektion unter [sp-ps-section.eu/mitgliedschaft-adhesion](http://sp-ps-section.eu/mitgliedschaft-adhesion)

**WEIL GEWALT  
MIT HASS  
BEGINNT.**



**JA** ZUM SCHUTZ VOR HASS  
AM 9. FEBRUAR



**Ja zu mehr bezahlbaren  
Wohnungen.**

*Spekulanten  
stoppen!*

**JA** am 9. Februar 2020

